

Auch wir verdienen viel mehr!

Kollektivvertragsverhandlungen. Sozialbereich steh einmal mehr auf!

Die Inflation betrug in den letzten Monaten rund 3,5% und ist damit sehr hoch. Noch dramatischer ist aber, dass der Miniwarenkorb (der für SchlechtverdienerInnen – und das sind die meisten KollegInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich leider – relevant ist, da er einen durchschnittlichen Wocheneinkauf abbildet) das ganze Jahr rund um 7% gependelt ist.

Gleichzeitig belegen Zahlen der AK, dass es in den letzten Jahren kontinuierlich Reallohnverluste gegeben hat – wir uns also weniger um unser Geld kaufen können. Und diese werden um so höher, je niedriger das Gehalt ist.

Richtig dramatisch wird es aber, wenn wir unseren Verdienst der Armutgefährdungsschwelle der EU gegenüberstellen. Letztere liegt bei 60% des Medianeinkommens (50% verdienen mehr, 50% weniger) in einem Land. 2009 (aktuellste Zahlen) lag diese in Österreich für einen Ein-Personen-Haushalt bei 994,- netto, bei einem/r Erwachsenen und einem Kind bei 1.293,-. Im gleichen Jahr verdienten laut Statistik Austria 25% aller Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich unter ca. 654,- und die Hälfte unter 1.312,- im Monat (14 Gehaltsauszahlungen auf 12 Monate

gerechnet). Sogar der Durchschnitt aller Einkommen (beim Durchschnitt kommen hohe Einkommen stärker zum Tragen, da hier z.B. auch GeschäftsführerInnen einberechnet werden) lag 2009 nur bei 1.360,-, was belegt, dass die unteren Einkommensgruppen bei uns deutlich überrepräsentiert sind. Und dieses Missverhältnis hat sich seither nicht gebessert.

Wir müssen also davon ausgehen, dass zumindest ein Drittel der Beschäftigten der Branche unter der ohnedies sehr niedrigen Armutgefährdungsschwelle liegen. Das kann es doch wirklich nicht sein, dass gerade wir – die wir eine gesellschaftlich enorm wichtige Arbeit machen – mit Armut bezahlen müssen!

Die MetalllerInnen haben heuer gezeigt, wie es geht. Um unsere Lebensbedingungen zu sichern, bräuchten wir aber einen viel höheren Abschluss als die Beschäftigten in dieser besser bezahlten Branche. Dafür werden wir kämpfen müssen, weil die ArbeitgeberInnen und die Politik das sicherlich nicht freiwillig hergeben. Bereiten wir uns also alle darauf vor, für uns selbst einzutreten und für einen hohen, d.h. gerechten, Lohnabschluss zu tun, was auch immer erforderlich ist.



Ressourcenvernichtung durch Kontrollwahn

Im Sozial- und Gesundheitsbereich ist seit einigen Jahren neben Einsparungen beim Personal und deutlich steigendem Arbeitspensum eine ständige Zunahme von neuen Dokumentationserfordernissen und Kontrollen beobachtbar. Und oft weiß niemand, was mit diesen Daten getan werden soll.

Die sukzessive Bürokratisierung und Arbeitsverdichtung belastet nicht nur die KollegInnen, sowohl in ihrem beruflichen Selbstverständnis als auch gesundheitlich, sondern lässt immer weniger Zeit für die eigentliche Kerntätigkeit in der unmittelbaren Arbeit mit KlientInnen und PatientInnen.

Das verschlechtert die Arbeitsbedingungen, stellt Sinnstiftung und Qualität unserer Leistungen in Frage und ist auch höchst unwirtschaftlich.

Wir fordern daher als Entlastung: Konsequente Entbürokratisierung und die Abkehr vom Dokumentations- und Kontrollwahn!

Stoppen wir das Sparpaket!

Per Verfassungsgesetz sollen die Budgets der öffentlichen Haushalte bis 2017 ausgeglichen bilanzieren. Diese sog. Schuldenbremse soll die Staatsverschuldung wieder unter 60% des BIP senken.

Dazu müssen jedes Jahr 2 Milliarden eingespart werden. Das soll v.a. bei den Pensionen, den Beschäftigten im öffentlichen

Dienst und den ÖBB geschehen. Die Regierung will so das Triple-A verteidigen, um nicht noch mehr Zinsen für die Schulden zahlen zu müssen. Die SPÖ überlegt zusätzlich eine „Reichensteuer“.

Der Bund hat 2010 für Zinsen rund 10 Milliarden gezahlt. Damit wären die geforderten Bildungs- und Sozialmilliarden locker zu

finanzieren. Als Alternative zum Sparpaket müssen daher die Streichung der Staatsschulden und der Zinsenlast an das private Kapital, die Verstaatlichung des Finanzsektors unter demokratischer Kontrolle sowie die Einführung stark progressiver Vermögenssteuern diskutiert werden. Kapitalismusbremse statt Sparpaket!

work@social – der neue Wiener Regionalausschuss



von Links: Günther Haberl, Christian Paolo Müller, Lis Mandl (Frauenbeauftragte), Axel Magnus (stv. Vorsitzender), Selma Schacht (Vorsitzende), Christine Kelnberger, Ronald Lugerbauer

Podiumsdiskussion

Diagnose Kapitalismus

Steigende Krankenstände, Burn-Out, Depressionen, Mobbing, Stress in der Arbeit rund um die Uhr ... Darüber und wie wir uns dagegen zur Wehr setzen können diskutieren:

- ★ Lis Mandl (work@social)
- ★ Eva Mückstein (Präsidentin Österreichischer Bundesverband für Psychotherapie)
- ★ Jürgen Stastny (Betriebsrat PSD, Arzt)

Mittwoch 25.01.2012, 18 Uhr

Scriptura

**Löschenkohlgrasse 6, 1150 Wien
(Nähe Stadthalle)**